

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz
Gemeindeverbands-Girokonto: Bad Schandau 36 — Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau — Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Gold-Pfg., für Selbstabholer 80 Gold-Pfg. Einz. Nummer 10 Gold-Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Nacherscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt den Bezahler nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porschdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele — Verantwortlich: R. Mohrlapper

Anzeigenpreis (in Goldmark): die 7 gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Neblanzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt

Nr. 236

Bad Schandau, Mittwoch, den 8. Oktober 1924

68. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Der Lokalanzeiger erfährt aus New-York, daß das leibbare Luftschiff „Shenandoah“ eine Reise entlang der Küste des Stillen Ozeans angetreten hat, um Raum für den „R. N. 3“ zu schaffen.

* Zu Danzig hat eine Versammlung polnischer und Danziger Industrieller stattgefunden, die dem Zwecke einer Annäherung der wirtschaftlichen Kreise beider Staaten dienen sollte.

* In der Frage der Regierungsabstimmung ist noch kein Fortschritt zu erkennen. Die verschiedenen Reichstagsfraktionen beraten über die bisher nicht veröffentlichten Richtlinien des Kanzlers.

* Die französische Antwort auf die deutsche Denkschrift über den Völkerverbund sichert Deutschland einen ständigen Ratssitz im Völkerverbund zu.

* Frithjof Nansen, der augenblicklich in Berlin weilt, besucht den Reichskanzler und den Reichsaußenminister, angeblich als Vermittler für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund.

Überall Krieg.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Nun hat man am letzten Tage der Völkerverbundversammlung den Krieg abgeschlossen. Ganz offiziell durch einstimmigen Beschluß abgeschlossen. Wohl scheint es nicht, als ob man sich auf dem Erdball sehr nach diesem Befehl und Beschluß richtet, selbst dann nicht, wenn man selbst Mitglied des Völkerverbundes ist. In China z. B., wo man mit allen Schikanen der Neuzeit Krieg führt. Und in Georgien ist soeben erst die Flamme der Erhebung gegen die Herrschaft der Sowjetrepublik mit Strömen Blutes erstickt worden. Der Völkerverbund hat ja protestiert. Und ebenso lächerlich wie einst im Falle Wilna, wo der polnische General Żeligowski an die hohe Genfer Versammlung, die seinen Abmarsch aus Wilna verlangte, die bekannten Worte Götz von Berlichingen zwar nicht aussprach, aber anwandte, ist Sowjetrußland über diesen Protest zur Tagesordnung übergegangen.

Ab und zu hat Moskau auch Humor, wenn auch dieser Humor drohende Bode trägt. Die Sowjetregierung behauptet nämlich — vermutlich mit Recht —, daß England und Frankreich hinter dem ganzen Aufstand gesteckt haben, und verlangt daher, daß beide Mächte den ziemlich beträchtlichen Schaden ersetzen sollen, den der Aufstand verursacht habe. Denn die Aufnahme, die Macdonald und namentlich Herriot den georgischen Verbannenen bereite, erweckte Hoffnungen, die sich dann in der Erhebung auslösten. Also sollen beide Mächte jetzt die Zechen bezahlen.

Krieg auch in Potsdam. Krieg wegen des Weltfriedenskongresses. Nur führte man ihn mit weniger gefährlichen Mitteln und es gab nur insofern Verletzte, als ein paar Straßendemonstranten unter die Pferde der „Straße frei!“ rufenden Schupo-Beamten gerieten. Außerdem wurde heftig mit Stinkbomben gekämpft, die in den Versammlungsraum flogen. Und mit Liedern. Das alles tat nicht besonders weh. Leute vom Reichsbanner Schwarzrotgold schubsten sich ein wenig herum mit Mitgliedern vaterländischer Verbände und Entschuldigungen wurden in der Versammlung der Pazifisten ebenso energisch gefaßt wie in der Protestversammlung. Die Erregung war entstanden durch die Antikündigung, daß der Professor der Pariser Sorbonne Viktor Vassch, der eine Rolle auf dem in Berlin tagenden 23. Weltfriedenskongress spielt, gerade in Potsdam im Auftrag der „Liga für Menschenrechte“ sprechen mußte.

Man braucht nicht Gegner des Pazifismus zu sein, um nicht in dieser Versammlung eine Überflüssigkeit zu erblicken. Vor allem war die Aktion gewollt; das wirkte in Potsdam aufreizend. Schon, daß die Versammlung nur etwa 200 Teilnehmer aufwies, ist wenig gegenüber dem, was der Berliner „Weltfriedenskongress“ vorher gezeigt hatte und das in keiner Weise Störungen des öffentlichen Friedens verursachte. Und ein Weltfriedenskongress, dessen Ablauf diese Dissonanz in Potsdam war, ist eine ebenso merkwürdige Erscheinung wie die Genfer Abschaffung des Krieges.

Das heißt, so ganz glaubt auch Herr Wulffson, der Präsident der französischen Friedensliga, wohl noch nicht daran, daß die Welt sich an die Genfer Befehle halten wird. Er sprach in Potsdam auch und sagte, daß die Arbeiter der Welt die größte, die menschlichste der Revolutionen durchzuführen hätten: die Abschaffung des Krieges. Wäre in der Versammlung ein Türke gewesen, so hätte der sicherlich so laut gelacht, daß er zum Saal hinausgeworfen worden wäre. Der hätte nämlich daran gedacht, daß England, das England Macdonalds, des Arbeiterführers, mit allen militärischen Mitteln die Rückverwandlung Moskus durch die Türken verhindert. Daß dieser friedensverkündende englische Ministerpräsident durch Flugzeuge alle jene türkischen Dörfer zerstören ließ, aus denen deshalb Angriffe auf die englische Nachstellung erfolgten. Angeblich oder wirklich erfolgten. Denn England hat dort zwar nicht den Welt-

frieden, wohl aber die beträchtlichen Petroleumquellen für sich zu wahren. Und Petroleum — ist dicker als Blut.

Es ist vorläufig also noch nichts mit dem „Frieden auf Erden“. Trotz Genf und trotz — Potsdam. Und die Arbeiterklasse ist dort, wo sie am unbedingtesten die Herrschaft besitzt, in Rußland, durchaus nicht gegen den Krieg geneigt. Weder gegen den nach innen noch den nach außen.

Und wenn man die Welt rings um uns sieht, so ist der Weltkrieg zwar offiziell zu Ende; aber nur ein mit anderen Mitteln geführter Krieg ist an seine Stelle getreten: der Wirtschaftskrieg. Und der ist nicht weniger grausam und opferreich wie jener, den die Feldschlachten bringen.

Dr. Cuno über den Aufbau.

Budapest, 7. Oktober.

Der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Cuno hielt hier auf der deutsch-ungarischen Handelskammer einen Vortrag über die mitteleuropäische Wirtschaftssituation und ihre Beziehungen zum Weltverkehr.

Dr. Cuno führte u. a. aus: Das Dawes-Gutachten ist ein Sieg der angelsächsischen Wirtschaftsmethode über die Methode des Politikers Poincaré. Der Irrtum der Siegerländer war es, zu glauben, mit einem Friedensvertrag die wirtschaftlichen Beziehungen der Welt aus ihren natürlichen in künstliche Bahnen lenken zu können. Wir stehen heute vor einer aufbauenden Arbeit. Das mitteleuropäische Gebiet, mit dem wir uns vor allem beschäftigen müssen, erstreckt sich von den belgisch-französischen Kohlen- bis zu den rumänischen Erdfeldern und von der Schweiz und Oberitalien bis zu den schwedischen Erzgruben. Nur in einem geschlossenen Zusammenhang ist dieses Gebiet entwicklungsfähig. Die einzige Möglichkeit, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen kann, ist der Ausbau seiner Handelsverträge. Ferner sind Kolonien für Deutschland eine Lebensnotwendigkeit. Dr. Cuno schloß mit dem Wunsch, daß mit dem Siege der wirtschaftlichen Vernunft politische Beruhigung in den Staaten Europas und der ganzen Welt eintreten werde.

23. Weltfriedenskongress.

n. Berlin, 7. Oktober.

Der Reichspräsident hat eine Abordnung des Weltfriedenskongresses empfangen, zu der u. a. Präsident Wulffson, General Verraux, Nansen und Senator Lafontaine gehörten.

Bei der sorgfältigsten allgemeinen Aussprache auf dem Kongress wurde ein Antrag abgelehnt, ein Telegramm an den Reichskanzler zu senden, da die Reichsregierung bisher keinerlei Notiz von der Tagung genommen habe. Unangenehm wurde ein Antrag, in dem der Kongress die Annäherung der ehemaligen Kriegsteilnehmer, insbesondere der Frankreichs und Deutschlands, als eine der wichtigsten Forderungen der Menschheit begrüßt und mit Befriedigung feststellt, daß sich die Völker bei den Wahlen für die Politik der Annäherung und des Friedens ausgesprochen. Der Kongress erfuhr deshalb die deutsche Regierung, das Ausnahmegericht in den Völkerverbund so schnell als möglich zu vollziehen. Angesichts der kriegerischen Ereignisse, die China zerfleischen und scheinbar von gewissen fremden Einflüssen begünstigt werden, erinnerte der Kongress an die Gefahren, welche alle Kriegsausbrüche selbst in fernen Ländern für die Gesamtheit der Staaten enthalten. Der Kongress erfuhr alle Friedensfreunde, für eine weitgehende Annäherung aller politischen Gefangenen einzutreten. Mehrere Volksversammlungen wurden neben den offiziellen Beratungen veranstaltet.

Kongresse und Versammlungen.

k. Der erste rheinische Kirchentag in Köln nahm in Anwesenheit von etwa 25 000 Festteilnehmern seinen Anfang. Die erste Festveranstaltung war so überfüllt, daß die großen Messehallen in Köln-Deutz polizeilich gesperrt werden mußten, ebenso erging es den sofort anberaumten Parallelversammlungen. Sehr stark besucht war auch die Versammlung der Jugendverbände in Köln-Deutz.

k. Tagung des Bundes für Gegenwartschristentum. Im Frankfurter Volksbildungsheim begann der Bund für Gegenwartschristentum seine Tagung, die von Pfarrer Manz-Frankfurt a. M. eröffnet wurde. Zunächst hielt der Reichsbund für Religionsunterricht und religiöse Erziehung eine Versammlung ab, welche im Auftrage der Frankfurter Ortsgruppe von der Mittelschullehrerin Fräulein Müller-Frankfurt a. M. geleitet wurde. Oberstudienrat Hans Schlemmer aus Frankfurt a. d. O., der neue Vorsitzende des Bundes, sprach über Freiheit des Religionsunterrichts und Freiheit im Religionsunterricht.

k. Südamerikanische Woche in Hamburg. Die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Peterfen und unter Beteiligung der Konsulate sämtlicher 21 lateinamerikanischen Staaten sowie der führenden Persönlichkeiten des hamburgischen Geistes- und Wirtschaftslebens veranstaltete Ibero-amerikanische Woche, die dem Wiederaufbau des Weltverkehrs und der Festigung der alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Lateinamerika dienen soll, wurde am 6. Oktober eröffnet. Mit der Woche ist eine Ausstellung spanischer Kunst sowie eine Ausstellung „Die Ibero-amerikanische Woche“ verbunden.

Der Ruf nach Regierungserweiterung

n. Berlin, 7. Oktober.

Trotz aller Mittelungen über Erwägungen und Pläne, die in der Frage der Regierungsumbildung gemacht wurden, kann man bisher von irgendeinem in Aussicht stehenden Ende der schleichenden Regierungskrisis noch nicht sprechen, in der wir uns befinden. Das Kabinett hat über die verschiedenen Richtlinien des Kanzlers verhandelt, ohne daß es zu einer Klärung gekommen wäre. Es heißt einerseits, diese vorläufig noch für die Öffentlichkeit im Dunkeln bleibenden Richtlinien seien vom Kabinett gutgeheißen worden. Sie entsprächen außenpolitisch dem bisher vom Kabinett Marx-Stresemann eingehaltenen Kurs. Innerpolitisch bezögen sie sich auf die Probleme der Lastenverteilung. Andererseits sollen sie noch nicht endgültig festgelegt sein, jedenfalls aber alsbald in vollendeter Gestalt den verschiedenen Reichstagsfraktionen zugesandt werden, damit sie als Unterlagen für die in Aussicht stehenden Parteiberatungen dienen könnten. Es verlautet auch, daß es sich um keine programmatischen Erklärungen handle, sondern daß der Kanzler auf dem Standpunkt stehe, mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage sei eine möglichste Zurückstellung aller speziellen Parteiwünsche zu üben, und man solle auf dem Wege des Burgfriedens zunächst einmal gemeinsam bis zum 10. Januar 1925 an der Lösung der wichtigen außenpolitischen Fragen mitarbeiten. Von der Stellungnahme der Parteien werde es abhängen, ob die Einberufung des Reichstages zum 15. Oktober noch zu ermöglichen sei. Etwas abweichend von dieser Darstellung sollen die Richtlinien, wie eine demokratische Nachrichtenstelle wissen will, als selbstverständliche Voraussetzung für eine Koalition der Volksgemeinschaft das grundsätzliche Verbotnis zur gegenwärtigen Staatsform und zur Weimarer Verfassung fordern. Die wichtigste Grundlage für die Führung der äußeren Politik soll das Londoner Abkommen sein. Die loyale Durchführung des Dawes-Gesetzes ergebe sich daraus als selbstverständlich. Innerpolitisch soll eine gerechte Verteilung der steuerlichen Lasten erfolgen unter Berücksichtigung der sozial schwächeren Schichten der Bevölkerung. Auch auf die Zolltarif- und Wirtschaftsfragen erstreckten sich die Richtlinien.

Jedenfalls ist also noch alles in der Schwebe, obschon sich die Stimmen rechts und links mehren, die von einer zu erwartenden Reichstagsauflösung reden. Aber wie gesagt, Genaues weiß man nicht, möglicherweise bringen die Verhandlungen der Fraktionen bald ein wenig Licht.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Deutsch-japanische Wirtschaftsverhandlungen.

Die demnächst beginnenden deutsch-japanischen Wirtschaftsverhandlungen werden nicht in Tokio, sondern in Berlin geführt werden. Die Entsendung einer besonderen japanischen Kommission ist nicht geplant; vielmehr wird der Berliner japanische Botschafter, Erzelenz Honda, die Verhandlungen für Japan leiten. Deutschland dürfte aller Voraussicht nach durch den bekannten Ministerialdirektor von Stöckmann, der auch die Wirtschaftsverhandlungen mit Belgien und Italien führt, vertreten sein.

Eine Ansprache Hindenburgs.

In Hannover ist die Einweihung des Denkmals für die gefallenen Nachrichtentruppler vollzogen worden. Auch Generalfeldmarschall von Hindenburg war erschienen. Der Generalfeldmarschall hielt eine Ansprache, in der er nach warmen Gedankworten für die Gefallenen sagte: „Wenn das Vaterland wieder zu Ehren kommen soll, so müssen die alten Tugenden, unter ihnen Treue, Fleiß und stolzes Nationalbewußtsein, wieder Gemeingut aller werden. Diese Tugenden wieder zu erwecken, soll unsere Aufgabe und der Dank für die Gefallenen sein. Dies wollen wir geloben.“

Rebeverbot für Dachs in Bayern.

Von zuständiger bayerischer Seite verlautet zu der Erklärung des französischen Professors Vassch, er werde trotz des Verbots der bayerischen Staatsregierung auch in Nürnberg sprechen, daß zwar die Versammlung der Liga für Menschenrechte in Nürnberg nicht verboten, aber dem Professor Vassch unter keinen Umständen erlaubt ist, in Nürnberg öffentlich aufzutreten und zu sprechen. Dem Professor Vassch stehe es lediglich frei, als Privatmann nach Nürnberg zu fahren. Das Auftreten des Professors Vassch in Potsdam führte dort zu starker Erregung.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Generalfeldmarschall von Hindenburg dankt öffentlich allen, die ihm zum 10jährigen Gedenntag der Schlacht von Tannenberg Beweise der Verehrung überreicht haben.

München. Das Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle München, hat zu einer Konferenz eingeladen, um direkte Gütertarife zwischen Deutschland und Österreich zu vereinbaren.